

VERKEHRSWENDE?

Nach wie vor dominiert der PKW, außer in Linz. Ergebnisse der Verkehrserhebung auf **Seite 3**



PV-AUSBAUSTOPP

Der OÖ. Netzbetreiber ist anscheinend überrascht über den Boom an Solaranlagen und stoppte den Ausbau. **Seite 4**



OHLSDORFER KAHLSCHLAG

Ein Bodenschutz-Versagen wie in Ohlsdorf kann sich das Land nicht mehr leisten. Mehr darüber auf **Seite 7**

oÖ.PLANET

AUSGABE NR. 120
DEZ. 2023 25. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH
OÖ.PLANET NR. 07/2023 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



2024: EUROPA AM SCHEIDEWEG

Die Herausforderungen werden 2024 nicht weniger werden: Klimarettung, Frieden schaffen, Antworten auf die Migrationsfragen finden, sowie die Demokratie und Freiheitsrechte schützen. Das alles kann nur ein starkes und geeintes Europa lösen. Mehr auf Seite 2



COP 28: HISTORISCHE EINIGUNG

Gewessler: „Die Welt verabschiedet sich von den fossilen Energien. Das ist ein riesiger Schritt nach vorne“.

Wir müssen weg von den fossilen Energien. Das hat die Weltgemeinschaft auf der Weltklimakonferenz beschlossen. In den nächsten Jahren wird die Staatengemeinschaft nun daran gemessen werden, ob entschlossen und schnell genug gehandelt wird.

Wir sind mit gedämpften Erwartungen nach Dubai gekommen. Die letzten Tage der Konferenz haben gezeigt, wie schwierig und mühsam die Verhandlungen sind. Umso wichtiger und umso bedeut-



samer ist die Einigung. Klar ist für mich aber: Nicht alles im Text ist so gut, wie wir es uns gewünscht haben. Aber gerade in Anbetracht der schwierigen Situation hat die Einigung enorme Bedeutung. Nach 28 Weltklimakonferenzen, nach unzähligen Verhandlungstagen ist heute beschlossene Sache: Die Welt muss weg von den fossilen Energien.

■ LEONORE GEWESSLER,
KLIMASCHUTZMINISTERIN

Foto: Parlamentsdirektion/PHOTOMONKS



ZUGESPIZT



MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

SCHWARZE
WOCHE FÜR
DIE NATUR

Die letzten Wochen hatten es in sich: Im Wochenrhythmus wurde eine Entscheidung oder ein Urteil bekannt, die klar die eigenwirtschaftlichen Interessen höher bewerteten als jene des Naturschutzes und des Gemeinwohls.

Ein Unternehmen aus dem Schröcksnadel-Komplex setzte sich wieder einmal mit seinen wirtschaftlichen Interessen gegen den Naturschutz durch. Das Landesverwaltungsgericht bestätigte den Plan einer Seilbahn mit Bergrestaurant und Beschneiungsteich in einem alpinen Ödland am Frauenkar zu errichten, obwohl sich daneben ein geschütztes Moor und ein EU-Vogelschutzgebiet befinden. Trotz Ausweisung als Landschafts- und Naturschutzgebiet darf dort ein etwa 10.700 Quadratmeter großes Waldstück gerodet werden.

Kurz darauf die nächste Hiobsbotschaft: ein positiver Naturschutzbescheid wertet die Naturschutzinteressen geringer ein als die wirtschaftlichen Interessen der australischen Bohrfirma. Und dann als Draufgabe Meldung Nummer drei: Dort wo die alte Höss-Bergstation auf den Hutterer Böden auf über 1800m Seehöhe steht, möchte – wer sonst – die Schröcksnadel-Gruppe ein Berghotel bauen, obwohl mit der Umweltanwaltsgesellschaft nur der Bau einer Sonnenterrasse vereinbart war. Die schon fast bankrotte Gemeinde Hinterstoder wird wohl zur Kasse gebeten werden, um das Areal mit der notwendigen Infrastruktur auszustatten.

Bestimmt werden auch hier wieder die Beziehungen zwischen Bauwerber und schwarzer Lokal- und Landespolitik intensiviert werden, damit sich am Ende das Eigeninteresse vorm Gemeinwohl durchsetzt...

... meint Marco Vanek
Chefredakteur



AUSBLICK 2024: IN WELCHE RICHTUNG GEHT EUROPA?

Die europäischen Institutionen werden nächstes Jahr neu gewählt. Nur ein starkes Europa wird weiterhin die großen Zukunftsfragen wie Klimaschutz, Frieden, Migration lösen und die Demokratie und Freiheitsrechte absichern. Ein Ausblick.

MARCO VANEK

Es gibt keine Anzeichen, dass 2024 weniger turbulent werden wird als die vergangenen Jahre. Die Herausforderungen des Klimawandels werden uns weiterhin beschäftigen, wie die Absicherung der demokratischen Strukturen und Institutionen. Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine werden am Jahresende genauso wenig von der Bildfläche verschwunden sein, wie die Versuche der rechten Kräfte die Grund- und Freiheitsrechte in Europa einzuschränken.

Ein wichtiges Datum wird der 9. Juni werden. An diesem Tag wählen die EU-BürgerInnen ihre Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Dann wird klar sein, ob die europäische Mitte ihre Agenda fortsetzen kann oder ob eine rechte Mehrheit das Sagen haben wird. Das Ergebnis wird auch Auswirkungen auf die Bildung der neuen EU-Kommission haben, die im kommenden Herbst ansteht.

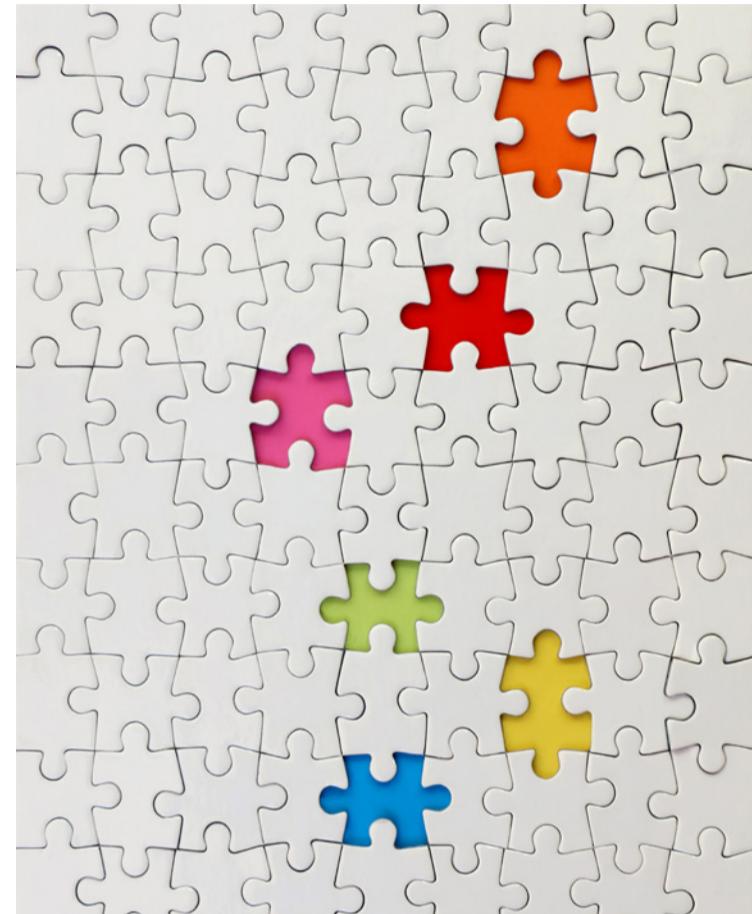
New Green Deal forsetzen

Wird die EU am Klimaschutzkurs festhalten und kommt ein neuer Schwung in die Umset-

zung des New Green Deals? Gelingt es wichtige Schritte zu setzen, um das Energiesystem umzurüsten und raus aus dem Öl zu kommen bzw. unabhängig vom russischen Gas zu werden? Entscheidend wird auch sein, ob es weiterhin eine Mehrheit gibt, um die gerade eingeläutete Renaturierung Europas samt Sicherung der Artenvielfalt umzusetzen. Mit der entsprechenden Mehrheit könnte das EU-Parlament weiterhin ein wichtiger Motor des ökologischen Fortschritts sein.

Die Rechten zerstören die liberale Gesellschaft

Doch all diese Projekte und Vorhaben werden infrage gestellt von den radikalen Rechten. Sie wollen auf allen Linien weniger Europa, wollen zurück zum alten Nationalismus und – siehe Ungarn – den Weg in eine Scheindemokratie einschlagen. RechtspopulistInnen haben für die brennenden Zukunftsfragen noch keine Antworten geliefert. Ganz im Gegenteil: Was sie antreibt, ist die Zerstörungswut auf die liberalen und offenen Gesellschaften, und sie stellen die Vielfalt der Lebensmodelle infrage.



Mit ihren Lügenkampagnen verführen sie ihre WählerInnen. Wie am Beispiel der Folgen des Brexit können wir live erleben, wohin die Lügen führen. Es sind vor allem die kleinen Leute, die diese Politik nun auslößeln müssen, weil etwa die Gesundheitsversorgung in weiten Teilen des Landes zusammengebrochen ist oder vor dem Kollaps steht.

Europas Errungenschaften verteidigen

Die Europäische Union ist vor allem auch eine Schutzmacht für viele kleine Länder, zu denen

auch Österreich zählt, gegenüber den kriegerischen Bestrebungen Russlands. Werden nun die rechten Handlanger Putins gestärkt, dann steht auch die Idee eines demokratischen und freien Europas in Frage.

2024 liegt auch die Verantwortung bei der europäischen Grünbewegung und anderen befreundeten Parteien die zentralen Errungenschaften einer liberalen und offenen Gesellschaft wie die Menschenrechte, das Recht auf Abtreibung, die Gleichstellung von Frauen und Männern und vieles andere mehr zu verteidigen.

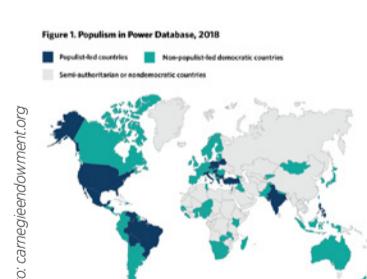
WENN DER KLEINE MANN DRAUFZAHLT

PopulistInnen kommen ihrem Volk teuer zu stehen, stellt eine Studie fest.

MARCO VANEK

Wenn jene ans Ruder kommen, die über „die da oben“ schimpfen und einfache Antworten auf komplexe Fragen geben, heißt es aufpassen. Denn Populismus führt in die ökonomische und schließlich in die politische Sackgasse.

Der deutsche Ökonom Moritz Schularick hat mit Fachkollegen kürzlich eine Studie herausgebracht, die die ökonomischen Auswirkungen des Populismus untersucht. Ihr Tenor: „Die Wirt-



schaftspolitik populistischer Regierungen (egal ob rechts- oder linkspopulistisch) endet meistens mit hohen Inflationsraten, hoher Verschuldung, Abgrenzung vom Ausland. Also das Gegenteil einer soliden Wirtschaftspolitik.“

Überall ging es nach folgendem Muster ab: Nach der Machtübernahme geben die PopulistInnen ökonomischen Zuckerschock wie Steuersenkungen, höhere Sozialausgaben bis hin zu Handelskrie-

gen. Nach zwei bis drei Jahren sieht man aber fast überall, dass die Wirtschaft zu schwächeln beginnt. Und nach zwei Perioden sind die Folgen drastisch. Pro Jahr verliert die Wirtschaft durchschnittlich ein Prozent an Wachstum. Über längere Zeit werden diese Länder dadurch erheblich ärmer.

Sind PopulistInnen dann länger am Ruder, verschlechtern sich weitere Faktoren wie die Qualität des Rechtssystems, Institutionen erodieren, Universitäten werden geschlossen, die Pressefreiheit eingeschränkt. Es verquicken sich persönliche Interessen der Regierenden mit den politischen. Das alles war unter Berlusconi zu beobachten und ist Faktum unter Orban in Ungarn und bis

vor kurzem noch bei der schließlich abgewählten PiS-Regierung in Polen so. Das alles hilft nicht den eigenen Bürgerinnen und Bürgern, sondern den neuen Eliten. Schularick nennt als drastisches Beispiel: „Innerhalb von 15 Jahren kann aus Norwegen ein Kolumbien werden“.

DIE STUDIE



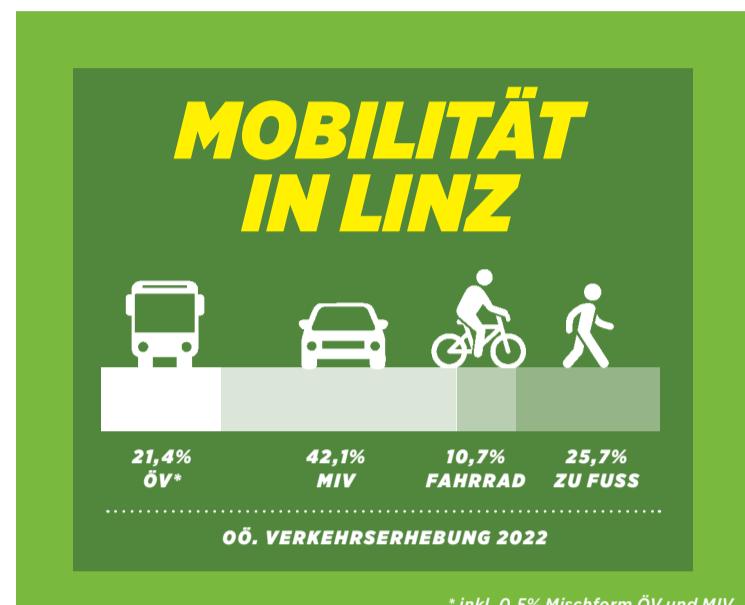
Moritz Schularick u.a.
„Populist Leaders and the Economy.“ American Economic Review, Dezember 2023

VERKEHRSWENDE IN WEITER FERNE

Die neuesten Zahlen der Mobilitätserhebung in Oberösterreich zeigen es ganz deutlich: In Oberösterreich hat das Auto nach wie vor eine zentrale Rolle im täglichen Verkehr. Umweltfreundliche Verkehrsmittel spielen bis auf Linz nur eine untergeordnete Rolle.

■ MARCO VANEK

Alle zehn Jahre – das erste Mal 1992 – befragt das Land Oberösterreich seine BürgerInnen, wohin und mit welchen Verkehrsmitteln sie ihre täglichen Wege zurücklegen. 2022 nahmen mehr als 66.000 BürgerInnen daran teil. Auch wenn die Ergebnisse nicht ganz stichhäftig auf jede Gemeinde heruntergebrochen werden können, zeigen sich doch interessante Trends: Fast zwei von drei Wegen (65,5 %) werden in Oberösterreich nach wie vor mit dem Auto, etwas mehr als jeder sechste Weg (16,3 Prozent) wird zu Fuß, 10 Prozent mit Öffentlichen Verkehrsmitteln und 6,7 Prozent mit dem Fahrrad zurückgelegt. Im Vergleich von vor zehn Jahren nahm der PKW-Verkehr nur um etwa zwei Prozentpunkte ab, Rad- und Fußverkehr legten gemeinsam 2,7 Prozentpunkte zu und der Anteil des Öffentlichen Verkehrs stagniert. Auch wenn Landeshauptmann Stelzer



Die LinzerInnen benützen am häufigsten Öffis und gehen am meisten zu Fuß



Der Bezirk Ried ist Spitzensreiter in der Motorisierung. Fast dreiviertel aller Wege werden mit dem Auto zurückgelegt.

und Verkehrslandesrat Steinkellner bei der Präsentation der Zahlen Anfang Dezember noch jubelnd von einer Verkehrs-

wende sprachen, zeigen die detaillierten Zahlen ein ernüchterndes Bild: Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs

(MIV) ist vor allem am Land exorbitant hoch und bewegt sich, wenn überhaupt, nur in jährlichen Zehntelprozentschritten nach unten. Spitzensreiter beim PKW-Anteil ist der Bezirk Ried mit einem Anteil von über 74 % und mit einem der niedrigsten Öffi-Anteilen in OÖ von gerade einmal 6,6 Prozent.

Linz als Vorbild

Hingegen spielen die LinzerInnen eine herausragende Rolle beim Benützen der umweltfreundlichen Verkehrsmittel. Das Auto wird nur mehr für 42 Prozent aller Wege benützt, jeder vierte Weg wird zu Fuß (26 %) zurückgelegt, jeder fünfte Weg mit Straßenbahn oder Bus und fast jeder 12. Weg mit dem Rad (7,6 %). Der jahrelange Ausbau des städtischen Öffentlichen Verkehrs und der Radwege sowie die gute Fußläufigkeit der Stadt zeigen nachhaltig Wirkung. Der Modalsplit entwickelt sich in der Landeshauptstadt seit Jahren kontinuierlich in Richtung umweltfreundliche Mobilitätsformen. Ebenso schlagen sich Verbesserungen beim Öffi-System im Großraum von Linz in höheren Fahrgästenzahlen nieder (Busverbindungen über den Haselgraben +30 %, Busse auf der B2 & Donauuferbahn +44 %...). Laut Medienberichten stoßen zu Spitzenzeiten aber so manche Busverbindungen, etwa über Gallneukirchen oder von Rohrbach nach Linz, bereits an ihre Kapazitätsgrenzen.

Mitarbeit: Birgit Berghammer



KLIMATICKET GESCHENKT

Ein ganz besonderes Geschenk wartet auf die zukünftigen 18-Jährigen: Im Laufe des Jahres 2024 kann sich jede und jeder – die/der 18 Jahre wird – kostenlos ein Klimaticket Österreich abholen. Sie können so ein ganzes Jahr lang gratis alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Damit soll bei der Veränderung der Mobilitätsbedürfnisse nach dem Schulabschluss angeknüpft werden, um junge Erwachsene für den öffentlichen Verkehr zu begeistern.



ERFOLGSPROJEKT: KLIMATICKET

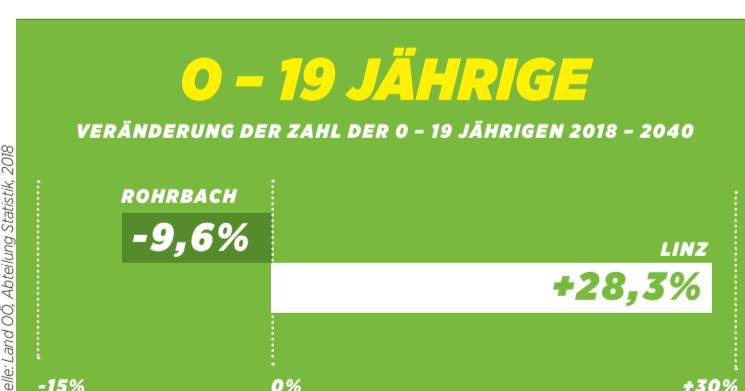
Bereits zwei Jahre nach der Einführung besitzen österreichweit über 233.000 Menschen das Klimaticket Österreich oder eine regionale Variante. In Oberösterreich sind es mehr als 70.000, davon an die 40.000 mit der österreichweiten Gültigkeit.

WIE SICH DAS VERKEHRSVERHALTEN ÄNDERT

Durch den demografischen Wandel wird das Auto an Bedeutung verlieren. Die Politik muss entsprechend umdenken.

■ MARCO VANEK

Die Bevölkerung in Oberösterreich ist in den letzten Jahren um neun Prozent gestiegen, mit deutlichen Verschiebungen in der Altersstruktur. Der Anteil junger Menschen bis 24 Jahre sank, während der Anteil der über 75-Jährigen stieg. Rund 49 % der Personen sind unselbstständig beschäftigt, etwa 24 % sind in Pension und 13 % befinden sich in Schul- oder Hoch-



schulausbildung. Entsprechend ändern wird sich auch das Verkehrsverhalten der einzelnen Altersgruppen. Die Arbeitswege werden durch Homeoffice und einer geringeren Anzahl an unselbstständig Beschäftigten abnehmen, dafür nehmen die Freizeitwege außerhalb der Hauptverkehrszeiten zu. Vor allem deshalb, weil die über

65-Jährigen vermehrt in der Freizeit unterwegs sein werden und da vermehrt nichtmotorisiert. Auch die Wege zur Schule, höheren Ausbildung werden abnehmen, weil insgesamt der Anteil der unter 24-Jährigen in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Zunehmen wird der Anteil der Hochbetagten über

85 Jahre. Diese Menschen werden meist nicht mehr mit dem Auto unterwegs sein wollen oder können, entsprechend braucht es angepasste Öffentliche Verkehrsmittel, die auf die besonderen Mobilitätsbedürfnisse dieser Altersgruppe Rücksicht nehmen.

Die demografischen Veränderungen in den nächsten Jahren dürften sich daher dämpfend auf die Entwicklung des Verkehrsaufkommens und der Verkehrsleistung auswirken. Für die Landesverkehrspolitik wird das heißen: weniger in Straßen investieren, dafür mehr in öfters fahrende Öffentliche Verkehrsmittel, und da vor allem am Land mehr außerhalb der Hauptverkehrszeiten in bessere Rad- und Fußwege...

ÖFFI-AUSBAU ZU LANGSAM

Harsche Kritik an Oberösterreichs Öffi-Verkehrspolitik kommt von der Grünen Verkehrssprecherin Dagmar Engl. „Wenn oberösterreichweit 65 Prozent aller Wege mit dem Auto gefahren werden und nur 10 Prozent mit den Öffis, ist das nicht einfach zur Kenntnis zu nehmen, sondern ist ein Arbeitsauftrag an den Verkehrslandesrat.“ Engl fordert einen umfassenderen Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel vor allem am Land, und die bestehenden Linien sollten attraktiver werden“. Nach wie vor gibt es Ecken in unserem Land, wo ab Freitagnachmittag bis Montag Früh kein einziges Öffentliches Verkehrsmittel unterwegs ist. Da nützt selbst ein Klimaticket zu haben nichts, wenn kein einziger Bus am Wochenende fährt.

FÖRDERUNGEN FÜR HEIZUNGSTAUSCH MASSIV ERHÖHT

Gute Nachrichten gibt es für alle, die ihre fossile Heizung im nächsten Jahr gegen ein nachhaltiges System austauschen möchten.

Denn die Förderungen für den Heizungstausch werden im kommenden Jahr kräftig angehoben. Ab 1. Jänner 2024 stehen insgesamt 1,25 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit werden rund 75 Prozent der Kosten für einen Heizungstausch durch Fördergelder aus dem Finanztopf von Bund und Land finanziert. „Haushalten im untersten Einkommensdrittel erstatten wir die gesamten Kosten“, kündigte Energieministerin Leonore Gewessler an.

Damit ist klar: Eine klimafreundliche Heizung ist immer die beste Wahl. Der Wärmesektor ist ein zentraler Hebel im Klimaschutz. Derzeit heizen noch rund 1,5 Millionen Haushalte in Österreich mit Öl- oder Gasheizungen.

Für den Umstieg von bestehenden fossilen Heizungen auf grüne Alternativen in Bestandsgebäuden gab es bisher eine Pauschale in Höhe von 7.500 Euro. Für den Tausch von Gasheizungen gab es zusätzlich einen „Raus aus Gas“-Bonus von 2.000 Euro.

Im Überblick die neuen Förderpauschalen für Ein- und Zweifamilienhäuser

- bei einem Anschluss an die Nah- oder Fernwärme: 15.000 Euro
- Pelletszentralheizung oder Hackgutheizung: 18.000 Euro
- Scheitholz-Zentralheizung: 16.000 Euro
- Luft/Wasser-Wärmepumpe: 16.000 Euro
- Wasser-Wasser- oder Sole-Wasser-Wärmepumpe: 23.000 Euro
- Neu sind auch weitere Zuschläge wie 1.200 Euro beim Ersatz eines Gasherds durch einen Elektroherd, 5.000 Euro als Bohrbonus bei gleichzeitigem Einbau einer Wärmepumpe oder die Erhöhung des Solarbonus auf 2.500 Euro bei gleichzeitiger Errichtung einer thermischen Solaranlage.

■ SARAH SCHMIDT

DIE SCHATTENSEITEN DES SOLARBOOMS

Wer durch das Bundesland reist, sieht allerorts PV-Anlagen auf Dächern von Einfamilienhäusern. Angeheizt wurde der Ausbau durch die Förderungen des Klimaschutzministeriums und die Energiepreiskrise. Doch nun bremst Oberösterreichs Strombetreiber den Ausbau.

■ SARAH SCHMIDT

Parallel dazu fand der Ausbau der Stromnetze jedoch nicht in dem erforderlichen Ausmaß statt. Der Boom privater Photovoltaikanlagen sorgt in vielen Ortsnetzen für Engpässe. Im vergangenen Sommer ist es in einigen Ortschaften bereits zu Stromausfällen gekommen.

Die Netz OÖ sah sich nun gezwungen, einen vorübergehenden Anschlussstopp für PV-Anlagen zu verhängen. Insgesamt sind davon rund vier Prozent aller 650.000 Kundinnen und Kunden betroffen. Alle bereits bestehenden Anlagen können wie bisher weiterlaufen. Die Kapazitäten des vorhandenen Stromnetzes werden „bis zum letzten Kilowatt und teilweise schon darüber hinaus“ ausgenutzt, teilte der Landesnetzbetreiber mit.

Deshalb kommt es nun an sieben Umspannwerken in Oberösterreich zu ersten größeren Einschränkungen bei der Einspeisung aus privaten PV-Anlagen.



Foto: Netz OÖ

Betroffen sind die Umspannwerke Rossbach, Ranshofen, Grieskirchen, Kirchdorf, Klaus, Steyr-Nord und Rohrbach. Generell könnte jede zehnte PV-Anlage derzeit nicht mit voller Leistung betrieben werden, sondern müsste sich an vom Netzbetreiber vorgegebene Begrenzungen halten. Dies ist notwendig, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden, betonte Netz OÖ.

Scharfe Kritik am Einspeisestopp für Photovoltaikanlagen übte Klima-Landesrat Stefan Kaineder. „Die Energie AG muss endlich alle notwendigen Mittel für den Netzausbau bereitstellen“, forderte Kaineder. Es fehlt, so die Kritik, ein umfassender Plan zur Unterstützung des Netzausbau auf allen Spannungsebenen in ganz

Oberösterreich. Die Energie AG müsse der Netz OÖ endlich alle notwendigen Ressourcen für einen „maximal beschleunigten Ausbau des Stromnetzes“ in Oberösterreich zur Verfügung stellen.

Die Grünen Steyr-Land haben in den betroffenen Gemeinden (Steyr, Dietach, Wolfen, Aschach und Sierning) eine Petition in den Gemeinderäten eingebracht. Sie appellieren an die oberösterreichische Landesregierung, dem Netzausbau höchste Priorität zuzugestehen. Die bestehenden Netze müssen erweitert und verbessert werden, um eine stabile Versorgung und den reibungslosen Transport von Energie aus dezentralen Photovoltaikanlagen zu gewährleisten, so die Forderung.

Die Netz OÖ wird nach eigenen Angaben in den kommenden Jahren mehr als zwei Milliarden Euro in den Netzausbau investieren. Die ersten Umbauarbeiten sollen bis Ende 2024 abgeschlossen sein, der Großteil jedoch erst 2025. Eine „PV-Einspeiseampel“ – für alle PV-Anlagen unter 21 Kilowatt – (<https://eservice.netzooe.at/app/login>) soll KundInnen darüber informieren, ob der eigene Standort von einer Begrenzung betroffen ist.

Die oberösterreichische Landesregierung (ÖVP/FPÖ) hat vor drei Jahren eine PV-Strategie 2030 vorgelegt. Darin wurde eine Verzehnfachung des PV-Stroms von 345 GWh pro Jahr auf 3.500 GWh pro Jahr angekündigt. Die PV-Förderbedingungen für 2024 waren bis Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Laut Auskunft des Klimaschutzministeriums sollen die Förderpläne knapp vor Weihnachten veröffentlicht werden.

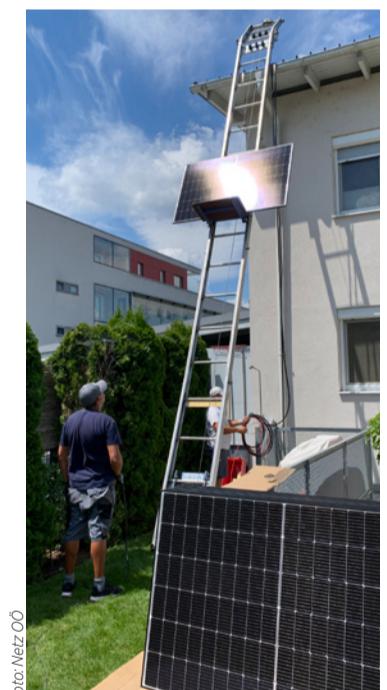


Foto: Netz OÖ

EIN ZEICHEN GEGEN DIE WEGWERFGESELLSCHAFT

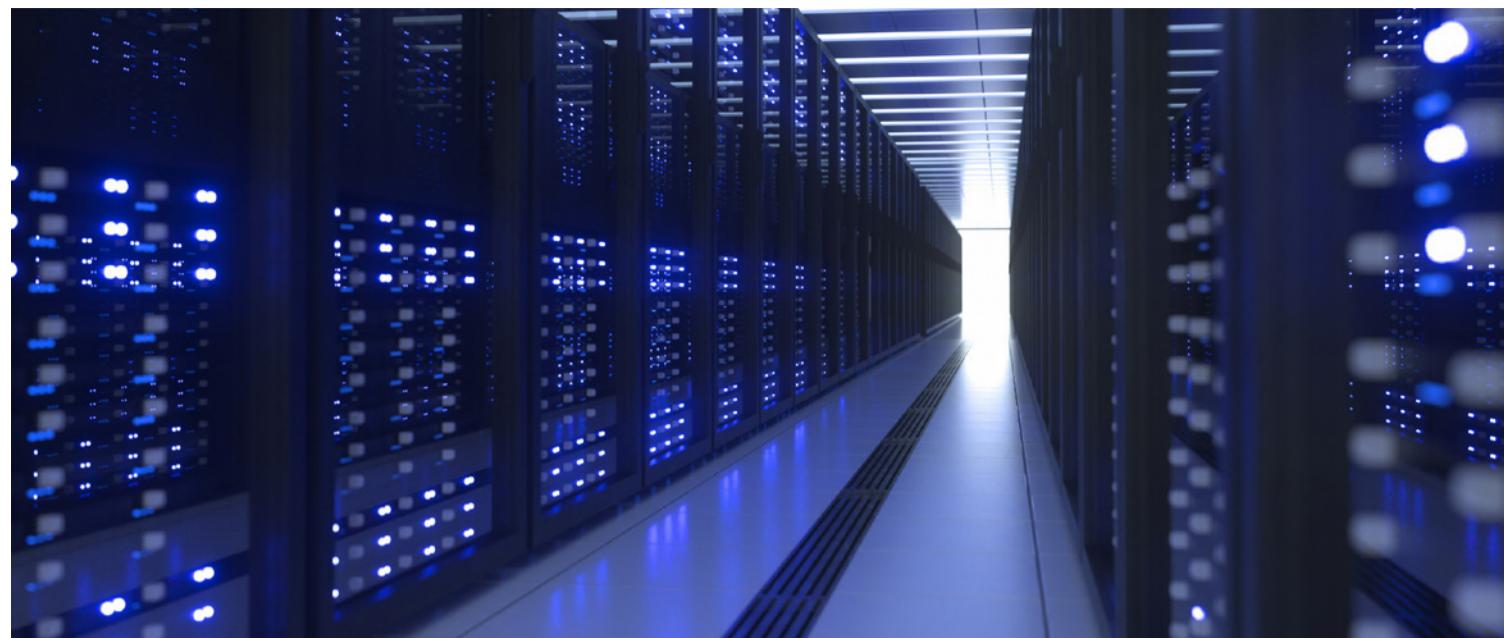
Die WeFair, Österreichs größte Messe für Nachhaltigkeit hatte heuer die Schwerpunkte Reparieren und Upcyceln.

Das durchgewetzte Knie der Kinderhose, der zerschepperte Servietteller der Großtante oder die Nähmaschine, die nicht mehr richtig rattert: In der Reparaturzone der WeFair waren am Messewochenende Mitte Oktober unzählige Elektrogeräte, Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände unter fachkundiger Anleitung wieder auf Vordermann und -frau



gebracht worden. Österreichs größte Nachhaltigkeitsmesse stand heuer ganz im Zeichen von Reparieren, Nähen und Upcyceln. Die über 6.500 BesucherInnen konnten sich vielfältige Inspirationen holen, wie sie die Lebensdauer von Produkten verlängern können...

➔ wefair.at



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ WIRD GEZÄHMT

Die EU-Gremien haben sich nun auf ein Regelwerk zu künstlicher Intelligenz (KI) geeinigt. Wichtige Forderungen der Europäischen Grünen wurden dabei berücksichtigt.

■ MARCO VANEK

Für die Kommissionspräsidentin „beginnt mit diesem Regelwerk eine neue Ära, das die europäischen Werte in sich trägt“. Die Grüne Fraktion im EU-Parlament ist ebenso erfreut, weil es nun zu einem Verbot hochrisikoreicher KI-Systeme kommt. Jahrelang haben die Verhandlungen gedauert, bis das neue Regelwerk durch die EU-Institutionen nun als Entwurf vorliegt. Der Europäische Rat und das EU-Parlament müssen diesem aber noch zustimmen, was nur mehr Formsache sein wird.

Mit dem neuen Artificial Intelligence Act wird nun die Künstliche Intelligenz gezähmt.

che Intelligenz gezähmt, in dem sie in Risikoklassen eingeteilt wird. Was in die höchste Kategorie fällt, ist verboten – zum Beispiel Systeme zur Emotionserkennung am Arbeitsplatz oder in Bildungseinrichtungen. In die zweithöchste Risikoklasse fallen Systeme, die ein „erhebliches Schadenspotenzial“ etwa für die Demokratie, die Gesundheit oder Sicherheit haben. Für sie soll es eine Reihe an Vorschriften geben sowie Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene. Andere Systeme, etwa Chatbots, werden nur wenig oder überhaupt nicht reguliert.

Die KI-Einigung aus Grüner Sicht

Die Grüne EU-Parlamentsfraktion konnte in dem Verhandlungsprozess viele ihrer Forderungen unterbringen. So stehen die europäischen Grundrechte im Mittelpunkt der KI-Gesetzgebung, die im Kommissionsvorschlag nicht so eine starke Stellung gehabt hätten. Von Grüner Seite

kommt weiters die Forderung nach einer obligatorischen Folgenabschätzung für Grundrechte und die Registrierung der Nutzung von Systemen in einer EU-KI-Datenbank zur besseren Überwachung.



ERKLÄRUNG: KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI)

Vor kurzem haben sogenannte „large models“ einen großen Hype in der KI-Debatte ausgelöst. Diese Modelle werden auf extrem große Datenmengen trainiert, die aus Milliarden von Variablen bestehen, wie das GPT-3-Modell und der darauf basierende Chatbot „chatGPT“, aber auch Bilderzeugungsmodelle

Hart gerungen wurde um das Verbot der Emotionserkennung, die eine große Anzahl unschuldiger Bürgerinnen und Bürger verdächtigen und systematisch unterrepräsentierte Gruppen diskriminieren könnte.

wie Dall-E oder Stable Diffusion. Diese Modelle sind jedoch weder intelligent im klassischen Sinne noch in irgendeiner Weise vertrauenswürdig. Sie verstehen nicht den Sinn dessen, was sie generieren sollen, sondern produzieren nur etwas, das statistisch gesehen die wahrscheinlichste Antwort darstellt.

„HERR LANDESHAUPTMANN: BEENDEN SIE DEN FLÄCHENFRASS“

Klimabewegung demonstriert vor Landhaus

Nun reicht es auch den Klimabewegten: Im November zogen VertreterInnen Oberösterreichs Klimaallianz vor das Büro von Landeshauptmann Thomas Stelzer und verlangten eine andere Bodenpolitik.

„Der dramatische Bodenfraß in Oberösterreich lässt sich nicht länger schöhreden. Wer als Landeshauptmann mit großem Stolz „Hoamatland, di han i so gern!“ singt, muss jetzt mit Nachdruck dafür sorgen, dass die Einzigartigkeit unserer



Heimat auch wirksam geschützt wird“, so die KlimaschützerInnen. Daher wenden wir uns mit drei konkreten Forderungen an Landeshauptmann Thomas Stelzer: Sie fordern den Landeshauptmann auf, die Blockade des 2,5 Hektar-Minimums aufzugeben und der Allianz für einen wirksamen Bodenschutz beizutreten.

MEHR GELD FÜR KLIMASCHUTZ IN DER INDUSTRIE

Stefan Kaineder ist Vorsitzender der Umweltförderkommission, die auch den Klima- und Transformationsfonds verwaltet. Drei Milliarden Euro an Fördergeldern werden bis zum Jahr 2030 vergeben. Oberösterreich als Industriebundesland wird besonders davon profitieren.

Im ersten Call stehen 175 Millionen Euro für Investitionskosten für neue, klimafreundliche Produktionsanlagen zur Verfügung. Dabei können pro eingereichter Maßnahme maximal 30 Millionen Euro gefördert werden.

Bewerben konnten sich in der ersten Phase vor allem Betriebe aus der Zement-, Papier- oder Stahlproduktion. Für die Förderung müssen die Unternehmen neben einem konkreten Transformationsplan in Richtung Klimaneutralität auch Maßnahmen zur Weiterbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorlegen.

„Mit diesem Paket sichern wir somit nicht nur den Standort ab, wir legen damit auch den Fokus auf das Schaffen neuer Arbeitsplätze“, stellt Kaineder klar.



ENTSIEGELUNGS-FÖRDERUNG: AUS GRAU WIRD GRÜN

Die Innviertler Gemeinde Pattigham hat der Bodenversiegelung bereits den Kampf angesagt und mittlerweile zwei Flächen entsiegelt und dadurch zusätzliche Grünflächen geschaffen. Auf dem Parkplatz im Ortszentrum wurden statt dem Asphalt Rasengittersteine verlegt, auf dem alten Parkplatz vor der Volkschule entstand auf knapp 170 Quadratmetern eine neue Grünfläche, die nun als Pausengarten genutzt wird.

Seit diesem Herbst unterstützt das Umweltressort des Landes Oberösterreich GrundeigentümerInnen, wenn versiegelte Flächen wieder begrünt werden. Die Förderhöhe beträgt pro Quadratmeter pauschal 30 Euro, die Gesamtförderung maximal 75.000 Euro. „Mehr Bäume und Grünräume statt Beton und Asphalt ist das Credo, wenn wir uns auf die Klimaveränderungen einstellen wollen“, sagt Landesrat Stefan Kaineder zur neuen Initiative seines Umwelt- und Klimaschutzzressorts.

MEHR GELD FÜR ÖFFENTLICH BEDIENSTETE

Während sich die ArbeitgeberInnen im Metallerbereich und im Handel lange gegen die Forderungen der Gewerkschaften wehrten, einigten sich Arbeitgebervertreter der öffentlich Bediensteten Werner Kogler und Magnus Brunner im Stillen: Die Gehälter im öffentlichen Dienst steigen mit 1. Jänner um 9,15 Prozent, mindestens aber um 192 Euro. Dies bedeutet bei den niedrigsten Einkommen eine Erhöhung um 9,71 Prozent. „Für mich war eine rasche und faire Lösung wichtig, die für Stabilität und Kaufkraftersatz sorgt. Aufgrund der anstehenden Pensionierungswellen, des Wettbewerbs am Arbeitsmarkt und der angespannten wirtschaftlichen Situation ist dieser Abschluss richtig und wichtig.“, betont Vizekanzler Werner Kogler.

IMPRESSUM

oö.planet 07/2023 Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **HerausgeberInnen:** Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger

MitarbeiterInnen und AutorInnen: Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, DI Renate Leitinger, Sarah Schmidt, Mag. Birgit Berghammer; **Korrektorat:** Mag. Barbara Vanek

Fotos: bildbox.com, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, wefair.at

Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

Adressenverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00

Richard Steinmetz, service.ooe@gruene.at

Druck: Wimmer Medien Druck, Linz

Verbreitete Auflage: 22.000 Stück

Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Ende Februar 2024

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

FURCHT KANN
KEIN LAND
REGIEREN

Welchen Anspruch hat die Politik an sich selbst? LH Stelzer hat dies für sich und die schwarz-blaue Koalition in seiner Budgetrede definiert. Bestehen, behaupten, bewahren und bewegen. Worte, die einem tiefen Seufzer gleichkommen. Sie sind eine Defensiv-Offenbarung, mit ihnen schwingt Furcht. Da ist weder Dynamik, Zuversicht und Entschlossenheit noch Mut oder Aufbruch. Aber genau das bräuchten die Menschen in diesen krisenhaften Zeiten. Die Botschaft, dass wir diese Krisen schaffen. Sie brauchen eine führende Politik, die nach klaren Plänen gestaltet. Nicht eine Politik, die bestehen, behaupten, bewahren will, einen Wall zur Realität baut, weil von außen Schlimmes droht. Das verunsichert. Es nimmt die Leute nicht mit, die einen professionellen, offensiven politischen Umgang mit den vielen Veränderungen erwarten, denen Oberösterreich gar nicht ausweichen kann. Dieses zögerliche Verständnis bestimmt seit Jahren die schwarz-blaue Politik. Sie durchdringt Klimaschutz, Energie- und Mobilitätswende bis hin zum Bodenschutz. Eine Politik des kleinsten, aber marktschreierisch verkauften Nenners, weil auch die Gemeinsamkeit zwischen ÖVP und FPÖ zusehends schwindet. Zeigt sich bei der ÖVP ein Strohfeuer der Innovation, löscht es die FPÖ. Ob Klimaneutralität, Windkraft, Fachkräftemangel und Lichtschutzgesetz – die FPÖ will nicht, die ÖVP kann nicht. So vakuumieren die beiden Oberösterreich ängstlich ein. Aber wer Veränderungen fürchtet, kann kein Land regieren.

STADTBahn GEMMA

Das Stadtbahn-Projekt ist wieder auf Kurs eingeschwenkt. Nach langem Streit und entsprechendem Stillstand haben Land OÖ und Stadt Linz die sehnlichst erwartete Finanzierungsvereinbarung geschafft. „Das ist aber wahrlich keine Heldenat, sondern schlicht das Ende eines überflüssigen, langwierigen Disputs, der der Stadtbahn wertvolle Zeit gekostet hat“, meint die Grüne Mobilitätssprecherin LAbg. **Dagmar Engl**, die diese Einigung gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden vehement eingefordert hat. Nun steht die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund an und „dann muss es rasch in die Umsetzung gehen und zwar ohne weitere Verzögerungen, Streitereien und neue Hürden“, betont Engl.

JEDE MENGE WENIG
KLIMASCHUTZ

Im Landesbudget 2024 sind zu wenige Zukunftsinvestitionen enthalten. Die Grünen haben es deshalb abgelehnt.

■ MARKUS ECKER

Um so ein Landesbudget zu erstellen, muss man schon schlau sein. Um es zu verstehen, nicht minder. Als mathematischer Einzeller hege ich Bewunderung für all jene, die sich mit semi-erotischer Zuneigung erkenntnisreich in Zahlen und Tabellen vertiefen. Ich verneige mich in Dankbarkeit vor der berufenen Grünen Kollegenschaft, die – den Mühen der traditionsreichen Budgetdebatten im Landtag tapfer trotzend – mir auch heuer wieder die Quintessenzen dieses Landshaushalts nähergebracht haben. Womit wir von der persönlichen Sphäre in die eigentlich politische vorstoßen – das Zahlenpferd von hinten aufzäumend.

Budget abgelehnt

Die Grünen haben dieses Budget 2024 abgelehnt, ebenfalls das – eines semantischen Sonderpreises würdige – Stabilitätssicherungsgesetz. Nicht aus Trotz. Jux und Tollerei waren auch nicht im Spiel. Sondern weil die schwarz-blaue Koalition auch in diesem Budget zu wenig tut, was sie tun müsste. Allen voran Klimaschutz.



Wo bleibt das Geld für die Energiewende?

„Das Wort ‚Klimakrise‘ taucht im Text nicht ein einziges Mal auf“, konstatiert der Grüne Klubobmann LAbg. Severin Mayr. „Deren Folgen werden dezent umschrieben, Energie- und Mobilitätswende nicht als Schwerpunkte gelistet und auch nicht entsprechend finanziell ausgestattet. So ein Budget ist untauglich“. Utauglich, um die großen Herausforderungen zu stemmen. Extremwetter, Überschwemmungen, Dürren, und Rekordtemperaturen auch bei uns. Die Erkenntnisse und Konsequenzen haben es nicht ins schwarz-blaue Budget geschafft. Oder die Herausforderung für die Wirtschaft,

die dringend Grünen Strom braucht. Wenn die Energiewende nicht endlich das nötige Niveau erreicht, wird's eng für unsere Betriebe und den ganzen Standort. Denn investiert wird dort, wo es diesen Grünen Strom gibt“, meint Mayr. Wir wollen nicht behaupten, dass die Landeskoalition die Notwendigkeiten nicht sieht. Vor allem die ÖVP, die von der FPÖ aber stets zurückgepfiffen wird auf den kleinsten Platz des gemeinsamen Nenners.

Was ist nun mit dem Stabilitätsicherungsgesetz? Ein Vehikel, um eine weitere Verschuldung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Eine Schuldenbremse „light“. An sich ok, aber „Klimaschutzmaßnahmen müssen

davon ausgenommen sein“, vermerkt Mayr, „denn solche kommen künftigen Generation zugute und dürfen nicht verzögert werden“. Von ÖVP und FPÖ kam ein Schulterzucken, von uns Grünen ein No zu diesem Gesetz.

„So ein Budget ist untauglich. Utauglich, um die großen Herausforderungen zu stemmen.“

Fazit: So wenig ich von Zahlen und Tabellen verstehe, so wenig Ahnung hat die Landeskoalition von wirklichem Klimaschutz. Und das ist eine Menge wenig.

WENN DAS KUNSTLICHT NICHT AUSGEHT

Obwohl bereits Zustimmung signalisiert wurde, wird seit Monaten der Antrag der Grünen um ein landesweites Lichtschutzgesetz von der schwarz-blauen Mehrheit im Landtag verzögert.

■ MARKUS ECKER

Man muss nicht alles verstehen. Ein landläufiger, erleichternder Spruch, der Grübeln beendet, Fakten akzeptiert und Verärgerung auf Distanz hält. Im gegenständlichen Fall ist man geneigt, diesem Spruch zu folgen. Wenn die Sache nicht so ernst und die schwarz-blaue

Performance nicht so derart – ja genau – unverständlich wäre. Es geht um das Lichtschutzgesetz. „Ein Gesetz um die enorme Lichtverschmutzung im Land einzudämmen. Um das grelle, menschen-, tier- und umweltschädigende Kunstlicht durch schonende, energiesparende Beleuchtung zu ersetzen und den Gemeinden den dafür nötigen gesetzlichen Rahmen zu geben“, fasst die Grüne Umweltsprecherin LAbg.

Anne Sophie Bauer zusammen, die dieses Grüne Projekt federführend vorantreibt. Noch im Frühjahr war man sich mit ÖVP und FPÖ einig. Offen waren noch Detailfragen und der Beschluss im Landtag. Etliche Ausschüsse



se, Unterausschüsse, Termine, Verhandlungen und vor allem destruktive Energieschübe später, sind ganz wesentliche Maßnahmen abmontiert und das Gesetz filetiert. Angeblich zu viel Bürokratie und eine zu hohe Belastung für die Wirtschaft – mit diesen Argumenten macht Schwarz-Blau ein

Lichtschutzmeisterwerk zum Torso. Zugespitzt wollen ÖVP und FPÖ „nur mehr die öffentliche Straßenbeleuchtung austauschen. Schwarz-Blau sind leuchtende Werbeklammern und nächtlich grell bestrahlte Supermarkt-Parkplätze wichtiger als Umwelt und die Gesundheit der Menschen“, ist Bauer hochgradig irritiert vom koalitionären Schwenk.

Das Pokern um das Gesetz geht weiter. Das grelle Kunstlicht macht die Nacht zum Tag. Die Schlafqualität der Menschen leidet, das Insektenerben wird befeuert und Energie verschwendet. „Wir haben die technischen Möglichkeiten, das zu ändern und schädliches durch schonendes Licht zu ersetzen, das darf doch bitte nicht an bürokratischen Anforderungen und wirtschaftlichen Interessen scheitern“, betont Bauer und kündigt an, „mit aller Kraft weiterzuverhandeln und zu versuchen das bestmögliche rauszuholen. Fazit: Man hatte einen Konsens, davon ist man nun weit entfernt, weil die Regierungskoalition vor der WKO eingeknickt ist. Nein, man muss wirklich nicht alles verstehen.“

BODENSCHUTZ: KEIN FEHLTRITT MEHR WIE IN OHLSDORF

Die Gemeinde an der Westautobahn wurde zum Inbegriff dafür, wie Bodenverbrauch in Zukunft nicht mehr passieren darf. Nun geht es um die Konsequenzen und was die Landespolitik daraus lernen muss.

■ MARKUS ECKER

Um den Bodenschutz grundsätzlich. Darum sollte es an dieser Stelle gehen. Wie rasant unser wertvoller Boden zubetoniert wird. Wie dringend Bodenschutz daher ist, wie logisch und im Grunde simpel. Aber auch wie komplex es wird, wenn es um Details geht, um Baulandreserven, theoretisch nutzbare, insgesamt versiegelte und pro Tag versiegelte Fläche. Um Prozente und wie sie gemessen und errechnet werden.

Und dann kam Ohlsdorf. Das nächste Kapitel. Konkret der Bericht des Bundesrechnungshofs, zu dieser Wald- und Bodenvernichtung. Und plötzlich war dieser Inbegriff des Bodenschutzversagens wieder on Top. „Dieser Bericht zeigt geballt, warum der Bodenschutz in Oberösterreich nicht funktioniert“, sieht sich der Grüne Raumordnungssprecher Rudi Hemetsberger bestätigt. Keine gesetzliche Voraussetzung für die Rodung, realitätsferne Jobversprechen,

fehlende Ersatzwaldflächen und vor allem keine klaren, verbindlichen Raumordnungsziele. „Das ganze Projekt Ohlsdorf hätte es in dieser Form nicht geben dürfen“, fasst Hemetsberger zusammen. Das kann nicht folgenlos bleiben. Erstens muss untersucht werden, wie es überhaupt zu dieser Rodungsbewilligung kommen konnte. Das aufzuklären werden die Grünen im Kontrollausschuss des Landtags vorantreiben. Zweitens muss es endlich konkrete Raumordnungsziele sowie flächendeckende regionale

Raumordnungsprogramme geben. Ein entsprechender Grüner Antrag liegt längst im zuständigen Landtagsausschuss.

Dies führt zurück zum Grundsätzlichen. Denn „allen sollte klar sein, dass der Bodenschutz in Oberösterreich eine Trendwende braucht“, wie es Hemetsberger ausdrückt. Mit einem wirksamen Raumordnungsgesetz, das konsequent umgesetzt wird. Mit neuen rechtlichen Instrumenten, um bereits gewidmetes unbebautes Bauland zu nutzen und mit einer Leerstandsabgabe um leerstehenden Wohnraum auf den Markt zu bringen. Und schließlich mit klaren, unverrückbaren Grenzen für den Bodenverbrauch.

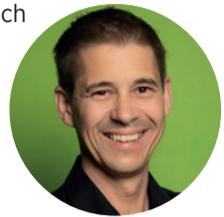
Und das rasch: Denn derzeit plantiert sich das Land die wert-

vollen Äcker und die eigene Ernährungssicherheit weg. Offizielle Zahlen belegen das. Die wertvollsten Agrarböden machen nicht einmal ein Fünftel der gesamten Landesfläche aus. Das sind 233.000 Hektar und grob 1500 m² pro Person. Der durchschnittliche Mensch in Europa benötigt aber aktuell rund 4000 Quadratmeter Ackerfläche für eine eigenständige Ernährung. „Das geht sich schon jetzt mit unserem gesamten landwirtschaftlichen Potenzial nicht mehr aus“. Unsere Lebensmittelversorgung hängt damit immer mehr vom Handel und offenen Grenzen ab. Das kann wohl nicht sein. Wir haben unseren Boden zu schützen. Das ist in unserem eigenen Interesse – epochale Fehlritte wie in Ohlsdorf kann sich das Land nicht mehr leisten.



BEMÜHTES BILDUNGSBUDGET

Als „bemüht, aber noch nicht ausreichend“, sieht der Grüne Bildungssprecher **Reinhard Ammer** das jüngst beschlossene schwarz-blaue Bildungsbudget. Es gäbe zwar Fortschritte und mit dem angekündigten Kinderland OÖ auch ein Ziel. Aber noch sind zu viele Fragen offen. „Noch immer fehlt für Kinder ein Betreuungsplatz, auch wenn dieser dringend gebraucht wird. Das ist schlicht nicht akzeptabel“, zeigt Ammer das Hauptproblem auf. Eine Kinderbetreuungsoffensive ist geplant. Aber noch ist völlig offen, wo man die nötigen Elementarpädagoginnen dafür finden will. Ohne neues Personal keine zusätzlichen, kleineren Gruppen und damit kein Ausbau.



ENTLASTUNGSPAKET

Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige fordert die Grüne Gesundheitssprecherin **Ulrike Schwarz**. Denn die Hauptlast bei Pflege und Betreuung liegt vor allem bei den Angehörigen, die endlich entlastet werden müssen. Dazu haben die Grünen einen Landtagsantrag für ein Maßnahmenpaket eingereicht, das vor allem Pflege-Tagesstrukturen, Kurzzeitpflegeangebote und die Mobilen Dienste stärken soll. „Diese Pflegeformen sind weiter auszubauen, zu attraktivieren und vor allem leistbar zu machen. Sie müssen wohnortnah sein, bestens vernetzt und die Menschen müssen umfassend über diese Möglichkeiten informiert werden“, betont Schwarz. Diese steht durch demographische Entwicklung und Personalmangel vor großen Herausforderungen.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

19. DEZEMBER 2023

Mein liebes Tagebuch, war des wieder ein Jahr, Jessas Maria und Josef, wie der bibelfeste Volksmund sagt. In an Stall san die drei damals um die Zeit gsessen, heute taten sie sich vorkommen wie in an Narrenhaus. Drohnen am Nahosthimmel statt a Stern. Ka Friedenslicht in Sicht in der Ukraine. Der Orban rupft die EU wie a Weihnachtsgansl und frohe Botschaften gibt's nur für scharf rechte Politiker, von Holland bis ins weite Argentinien. Zur Signa vom Benko san keine drei Weisen und a kane Investoren kommen, sondern der Insolvenzverwalter. Und im Morgenland selbst fiacht sich der Emir vor an Scheichum ohne Reichtum, wenn kana mehr a Öl braucht. Des

warat dann a Emptyrat. Auf a Abkehr von den fossilen hat man si beim Klimagipfel in Dubai geeinigt, aber auf kein Ausstieg. Für die an a Durchbruch, für die anderen eher a Gnackbruch. Aber wie kann überhaupt a Scheich a Klimakonferenz geben? Da könnt ja a der Sobotka den Vorsitz bei an ÖVP U-Ausschuss haben. Na für Herrn Parlamentschef ist des gar ka ruhige Zeit. Der Nationalrat hat sei Immunität aufgehoben, aber net die Schwerkraft. Denn am Präsidentensessel bleibt er picken. Zwei neiche U-Ausschüsse san schon in der Pipeline. Des vor den Wahlen. So kann ma die politische Kultur a daschlogn. Was is sonst noch? Der Kanzler hat dem neichen polnischen Regierungschef vor lauter

Freud fast den Arm ausgrissen. Sonst hat ma von ihm wenig gehört und gelesen, des kann guat oder schlecht sein. Vom Kickl a net, des is guat und der Genosse Babler sitzt im roten Salon und issst dort die Reichen. Vielleicht kriegt er a an Vorgänger aufn Teller. Gerichtssäle haben eher was Kühles, aber daran wird's net liegen, dass sich Kurz und Schmid net amal mehr anschauen. Der Minister Rauch und die Ärztekammer werden a kane Freund mehr, aber zumindest gibt's endlich a Gesundheitsreform. Reform, ja mit so was hat ma in Oberösterreich so a Freud wie mit Dragqueens. Drum mag Schwarz-Blau a kane Windradln. Die bewegen se nämlich. Ka Glühwein ist so haß wie der letzte Bericht zu

Ohlsdorf. Rodung, Widmung, Jobs, nix hat wirklich passt und die Einsicht a immer nu net. Ja, planieren ohne genieren und wo gehobelt wird, fallen Späne und wenns sein muß, a a ganzer Wald. Auf jeden Fall ist der Boden dort versaut. Vielleicht sollt ma dort glei nach Gas bohren und net a paar Meter nebenan an Naturschutzgebiet wie in Molln. Des is mit dem Naturschutz vereinbar, sagt der Herr Haimbuchner, wahrscheinlich weil Erdgas eine bedrohte Art is. Und bei der Stadtbahn haben Land und Stadt endlich auch Finanzpackl gschaft, richtig, liaber O-Bussln statt streitn. So mein Tagebuch, setz ma auf Erneuerbare Zuversicht, Prosit

■ MARKUS ECKER

POPULISTISCH UND UNSINNIG

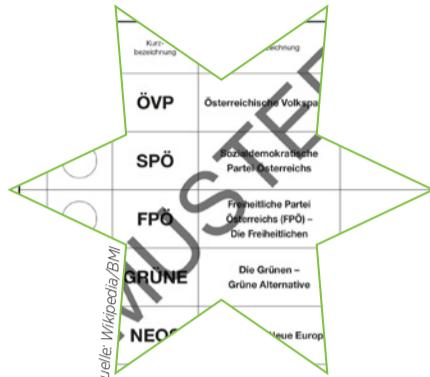
Arbeitspflicht für Asylwerber:innen

Klar stellt sich die Grüne Integrations-sprecherin **Ines Vukajlović** gegen eine Arbeitspflicht für AsylwerberInnen. Vorangetrieben von Landesrat Hattmannsdorfer soll diese unter Sanktionsandrohung rasch umgesetzt werden. Das ist populistisch, unsinnig und unsäglich“, findet Vukajlović klare Worte. „Einerseits AsylwerberInnen zu meist Hilftätigkeiten zu zwingen und ihnen andererseits umfassende, sinnvolle, und selbstgewählte Beschäftigung zu verbieten, ist völlig daneben“. Viele AsylwerberInnen möchten am Arbeitsmarkt teilnehmen. Gleichzeitig wird in vielen Bereichen Personal dringend gebraucht und gesucht. „Daher sollte der Arbeitsmarkt den AsylwerberInnen grundsätzlich geöffnet werden. Das wäre ein vernünftiger Schritt, sowohl für die Wirtschaft als auch Integration.



Was tun 2024?

Kunterbunte Empfehlungen aus der Redaktion für Aktivitäten im neuen Jahr.



Am Vatertag, dem 9. Juni, zur EU-Wahl gehen oder noch besser; als WahlbeisitzerInnen die Demokratie unterstützen.



Ruhe finden in den Urwäldern Oberösterreichs, etwa im Reichraminger Hintergebirge, nur ein Stück abseits des stark frequentierten Radweges beginnt schon die stille Wildnis.

TIPP FÜR DIE NACHWEIHNACHTSZEIT

Ausmisten und Altes zurückgeben

Wer die Weihnachtszeit zum Ausmisten nützen und gleichzeitig etwas Gutes tun möchte, soll dabei an die ReVital-Shops denken.

Diese Shops gibt es in ganz Oberösterreich und nehmen ausgediente Geräte wie Föhn, Fernseher, Möbel oder Mixer zurück. Zurückgebene und funktionsfähige Geräte werden aufbereitet und an die Verkaufsstellen der ReVital-Partner geliefert. Abgegeben werden können die alten Produkte auch in den 110 lokalen Abfallsammelzentren.

Dies bringt dreifachen Vorteil: Die Müllberge werden verringert, es wird soziale Beschäftigung geschaffen, und es kommen Produkte auf den Markt, die leistbar sind, aber gleichzeitig hohe Qualitätsstandards erfüllen. Das 2009 oberösterreichweit vom OÖ. Landes-

abfallverband, dem Umweltressort des Landes und der Sozialbetriebe initiierte ReVital-Netzwerk gibt gebrauchten Produkten, die eigentlich im Abfall landen sollen, eine zweite Chance. Seit 2009 konnten mehr als 11.000.000 kg Waren mit dem ReVital-Kreislauf qualitätsgeprüft in die Wiederverwendung gebracht werden. Weitere Infos: www.revitalgenial.at/



Jasmine Chansri, MBA (Geschäftsführerin Volkshilfe OÖ), Landesrat Stefan Kaineder und Bgm. Roland Wohlmuth (Vorsitzender Landesabfallverband OÖ).

KONTAKT

Die Grünen OÖ - Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneoee

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at



Den Film Club Zero von Jessica Hausner anschauen mit der ausgezeichneten Filmmusik von Markus Binder.



Mit dem Zug nach Düsseldorf fahren und am 17. Juni Österreichs Männerfußball-EM-Auftaktspiel gegen Frankreich besuchen.



Back for Good und andere Hits hören. Die ehemalige Boygroup Take That aus Manchester kommt am 4. Juli zu einem Konzert auf die Burg Clam.



Beim Vogelzählen mitmachen. Vom 5. bis 7. Jänner 2024 lädt Birdlife alle Interessierten zur alljährlichen Winterzählung von Amsel, Spatz und Co ein.

DAS GANZ NORMALE LEBEN

Was passiert, wenn natürliche Unintelligenz auf Künstliche Intelligenz trifft.

TEXT RENÉ FREUND

Mein Lieblings-Wollpullover liegt in der Waschtrommel, die sich langsam mit heißem Wasser füllt. Ich sehe hilflos zu, drücke konfus auf dem futuristischen Display herum und es ändert sich – nichts. Irrtümlich habe ich statt des Wollprogramms jenes für Kochwäsche gewählt. Mein Lieblings-Pulli würde in zwei Stunden aus der Waschmaschine kommen und allenfalls einer Barbie-Puppe passen. Früher gab es eine „Aus“-Taste, durch deren Betätigung du einen irrtümlich gestarteten Waschgang stoppen konntest. Heute musst du Informatik studiert haben, um mit den einfachsten Haushaltsgeräten zuretkommen zu können. Der Kühlschrank schreit dich an, der Herd schaltet sich automatisch ab (für immer, wenn du nicht sehr geschickt bist), und die Waschmaschine ignoriert dich gnadenlos.

Rund um Silvester beginnen viele Menschen, Vorsätze für das kommende Jahr zu formulieren. Ich habe damit längst aufgehört, weil ich wie so viele spätestens am 3. Jänner gescheitert bin. Seit Jahren nehme ich mir also vor, mir nichts vorzunehmen, was gar nicht so leicht ist. Gerne zum Beispiel würde ich mich in digitaler Enthaltsamkeit üben, was allerdings in meinem Fall bedeuten würde, meinen Beruf sowie mein gesamtes gewohntes Leben aufzugeben. Nun ja, eventuell hätte die Chefredaktion des oö planet ein gewisses Verständnis, wenn ich meine handgeschriebene Kolumnen per berittenem Boten in die Redaktion liefern lassen würde. Aber per Mail ist wahrscheinlich doch allen lieber. Wenn



du heute kein Handy und keinen Online-Zugang hast, kannst du am „ganz normalen Leben“ nicht mehr teilnehmen. Inwiefern dieses Leben „normal“ ist und ob ein anderes Leben wünschenswert wäre – ich weiß es nicht. Und ebensowenig, ob Künstliche Intelligenz uns verblödet und ob wir immer mehr den Zugang zur realen Welt verlieren, den Zugang zu uns, zu unseren fünf Sinnen, zu unserer Intuition.

Möchte ich deshalb meinen Pullover im Fluss waschen? Nein, auch weil der Fluss damit keine Freude hätte. Immerhin ist es mir gelungen, durch unaufförmliches Herumdrücken am Display den Waschgang zu stoppen. Wie ich das geschafft habe, weiß ich allerdings nicht. Ich könnte mein Handy oder den Kühlschrank fragen.

René Freund lebt als Schriftsteller im südlichen Oberösterreich. Soeben erschien sein neuer Roman „Wilde Jagd“ (Zsolnay Verlag).